1967	Ausgegeben zu Bonn am 6. Dezember 1967	Nr. 50
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
29. 11. 67	Gesetz über den rechtlichen Status der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße zwischen dem Main und Nürnberg und über die damit zusammenhängenden Eigentumsverhältnisse	2521
23. 11. 67	Achte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1967 (Senkung der Griechenland-Zollsätze für Muskatwein von Samos)	2523
14. 11. 67	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Arbeitslosenversicherung	2524
15. 11. 67	Bekanntmachung über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt	2525
15. 11. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation	2526
15. 11. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Mehrseitigen Übereinkommens über Lufttüchtigkeitszeugnisse eingeführter Luftfahrzeuge	2527
17. 11. 67	Bekanntmachung über die Zulässigkeit der Enteignung für Zwecke der Bundeswasserstraßen	2528

Gesetz über den rechtlichen Status der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße zwischen dem Main und Nürnberg und über die damit zusammenhängenden Eigentumsverhältnisse

Vom 29. November 1967

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Erklärung zur Bundeswasserstraße

(1) Die Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße zwischen dem Main und Nürnberg wird zur Bundeswasserstraße erklärt, und zwar:

1. die Kanalstrecke von der Abzweigung des unteren Vorhafens der Schleuse Bamberg aus dem rechten Regnitzarm bis zur Abzweigung aus der kanalisierten Regnitz bei Neuses,
2. die kanalisierte Regnitz von der Abzweigung der Kanalstrecke nach Nummer 1 bis zur Einmündung des Stillwasserkanals bei Hausen,
3. die Kanalstrecke von der Einmündung des Stillwasserkanals in die kanalisierte Regnitz bei Hausen bis zur Einfahrt in die seitlichen Becken des Hafens Nürnberg,
4. die neue Regnitzstrecke zwischen km 2,0 und km 3,6 (neu).

(2) Zur Bundeswasserstraße gehören:

1. der rechte Regnitzarm von der Abzweigung der Kanalstrecke nach Absatz 1 Nr. 1 (Abzweigung des unteren Vorhafens der Schleuse Bamberg) bis 170 m oberhalb der Brückenachse des Wehres Bamberg,

2. der Wehrraum der Staustufe Forchheim-Buckenhofen,
3. die Regnitz von 150 m unterhalb der Wehranlage bei Neuses bis zur Abzweigung der Kanalstrecke nach Absatz 1 Nr. 1 (Abzweigung aus der kanalisierten Regnitz bei Neuses),
4. die Regnitz von der Einmündung des Stillwasserkanals bei Hausen bis 270 m oberhalb der Brückenachse des Wehres Hausen.

(3) Der Zeitpunkt, von dem ab ein Abschnitt der Großschiffahrtsstraße dem allgemeinen Verkehr dient, wird nach Einvernehmen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern im Bundesgesetzblatt und Bayerischen Staatsanzeiger bekanntgegeben.

§ 2

Aufhebung von Bundeswasserstraßen

Folgende Strecken des Mains und der Regnitz verlieren die Eigenschaft als Bundeswasserstraße:

1. der Werkkanal von seiner Abzweigung aus dem neuen Regnitzbett bis Regnitz-km 3,70 links,
2. der linke Regnitzarm von Regnitz-km 3,70 rechts bis Regnitz-km 5,11 links,
3. der rechte Regnitzarm von 170 m oberhalb der Brückenachse des Wehres Bamberg bis Regnitz-km 8,60 rechts,

4. der Mühlengraben Regnitz-km 5,11 links und Regnitz-km 5,645,
 5. der abgeschnittene frühere Regnitzbogen nördlich der Großschiffahrtsstraße zwischen deren km 2,0 und 3,5.

§ 3

Durchleiten von Wasser

Über ein etwaiges Durchleiten von Wasser für wasserwirtschaftliche oder landeskulturelle Zwecke durch die Bundeswasserstraße über den normalen Wasserabfluß hinaus und die damit zusammenhängenden Fragen bleibt eine Vereinbarung zwischen dem Bund und Bayern vorbehalten.

§ 4

Eigentumsverhältnisse

(1) Das Eigentum an den in § 1 Abs. 1 und 2 bezeichneten Strecken steht dem Bund zu. Das gilt auch für die kanalisierte Regnitz von km 3,70 rechts bis 170 m oberhalb der Brückenachse des Wehres Bamberg.

(2) Das Eigentum an den in § 2 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Strecken steht Bayern zu.

(3) Ein Wertausgleich findet nicht statt.

(4) Das Grundbuch wird auf Grund eines gemeinsamen Ersuchens des Bundes und Bayerns berichtigt. Ein Übergang des Eigentums und der anderen Rechte ist von Abgaben und Kosten befreit.

§ 5

Sperrtor bei Bug

Das Sperrtor im linken Regnitzarm bei Bug gehört zur Bundeswasserstraße. Die Betriebsordnung wird im Einvernehmen zwischen dem Bund und Bayern aufgestellt.

§ 6

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 7

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 29. November 1967

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

**Achte Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1967
(Senkung der Griechenland-Zollsätze für Muskatwein von Samos)**

Vom 23. November 1967

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Achte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 2. August 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 837), verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Zolltarif 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 1819) in der zur Zeit geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 1. Juli 1967 die Tarifnr. 22.05 (Wein usw.) wie folgt geändert:

1. In Absatz B-III-b-1-a wird in Spalte 6 (Besondere Zollsätze) die Angabe „Gr 60,—“ ersetzt durch: „Gr 54,70“.

2. In Absatz B-III-b-2-a wird in Spalte 6 (Besondere Zollsätze) die Angabe „Gr 29,90“ ersetzt durch: „Gr 28,95“.

3. In Absatz B-IV-b-1-a wird in Spalte 6 (Besondere Zollsätze) die Angabe „Gr 62,40“ ersetzt durch: „Gr 57,10“.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 23. November 1967

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat
über Arbeitslosenversicherung

Vom 14. November 1967

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Juni 1967 zu dem Abkommen vom 20. April 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Arbeitslosenversicherung (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 1945) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nebst Schlußprotokoll nach Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens

am 1. Dezember 1967

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind am 25. Oktober 1967 in Madrid ausgetauscht worden.

Bonn, den 14. November 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Duckwitz

**Bekanntmachung
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt**

Vom 15. November 1967

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat der Schweizerischen Regierung mit Verbalnote vom 31. Oktober 1967 unter Bezugnahme auf Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (Bundesgesetzbl. 1962 II S. 877) in Verbindung mit den Vereinbarungen vom 28. Juni 1967

- a) über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen (Bundesgesetzbl. II S. 2289),
- b) über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen (Bundesgesetzbl. II S. 2291),
- c) über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Altenburg-Nol/Nohl (Bundesgesetzbl. II S. 2293),
- d) über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen im Bahnhof Konstanz sowie die Grenzabfertigung in Reisezügen wäh-

rend der Fahrt auf den Strecken Konstanz-Kreuzlingen (Bundesgesetzbl. II S. 2295) und

- e) über die Grenzabfertigung in Zügen auf der Strecke Neuhausen-Rafz (Bundesgesetzbl. II S. 2297)

folgendes mitgeteilt:

Die deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf die Grenzabfertigung beziehen, gelten nach den Bestimmungen des Abkommens vom 1. Juni 1961 in der auf schweizerischem Gebiet liegenden Zone

1. am Grenzübergang Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen wie in der Gemeinde Konstanz,
2. am Grenzübergang Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen wie in der Gemeinde Konstanz,
3. bei der Grenzabfertigung in Reisezügen während der Fahrt auf den Strecken Konstanz-Kreuzlingen wie in der Gemeinde Konstanz,
4. bei der Grenzabfertigung in Zügen auf der Strecke Neuhausen-Rafz wie in der Gemeinde Lottstetten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. April 1967 (Bundesgesetzblatt II S. 1534).

Bonn, den 15. November 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Duckwitz

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschifffahrts-Organisation
Vom 15. November 1967

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschifffahrts-Organisation (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 313) ist nach seinem Artikel 57 Buchstabe c für die

Malediven am 31. Mai 1967
in Kraft getreten.

Hongkong ist nach Artikel 9 des Übereinkommens mit Wirkung vom 7. Juni 1967 assoziiertes Mitglied der Organisation geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. August 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 870).

Bonn, den 15. November 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Mehrseitigen Übereinkommens
über Lufttüchtigkeitszeugnisse eingeführter Luftfahrzeuge

Vom 15. November 1967

Das in Paris am 22. April 1960 unterzeichnete Mehrseitige Übereinkommen über Lufttüchtigkeitszeugnisse eingeführter Luftfahrzeuge (Bundesgesetzblatt 1962 II S. 23) ist nach seinem Artikel 11 Abs. 1 für

Griechenland am 28. April 1967

Irland am 14. Oktober 1967

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. August 1965 (Bundesgesetzblatt II S. 1168).

Bonn den 15. November 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

**Bekanntmachung
über die Zulässigkeit der Enteignung
für Zwecke der Bundeswasserstraßen**

Vom 17. November 1967

Die Bundesregierung hat am 9. November 1967 folgenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntmache:

„Auf Grund des Artikels 2 des Kapitels XVIII der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzen, der Wirtschaft und der Rechtspflege vom 18. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 109, 122) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes wird für die

Errichtung von Leuchtfeuern im Zusammenhang
mit dem 12 m-Ausbau der Unterelbe

die Enteignung für zulässig erklärt.“

Bonn, den 17. November 1967

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber